



# KBV KOMPAKT

Gesundheitspolitischer Newsletter der Kassenärztlichen Bundesvereinigung  
vom 17. Juli 2013

## Aus Berlin

---

### 28 Milliarden Euro GKV-Überschuss: Was soll damit geschehen?

Die KBV will in einer [aktuellen Umfrage im Krankenkassen-Navigator](#) wissen, ob die Reserven der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) für die Vergütung aller erbrachten ärztlichen Leistungen verwendet werden sollten. Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) hatte die gesetzlichen Krankenkassen zuvor ein weiteres Mal aufgefordert, Prämien an ihre Versicherten auszusahlen. Angesichts eines Überschusses von 28 Milliarden Euro gebe es diesbezüglich bei einigen Krankenkassen erhebliches Potenzial, sagte der Minister. (Agenturmeldung, 15. Juli)

### Geteilte Meinungen zur Impfpflicht

In der Diskussion über Impfpflicht haben sich weitere Vertreter aus Politik und Gesundheitsverbänden eingeschaltet. „Grundsätzlich sollten nur Kinder, die geimpft sind, Kitas, Kindergärten oder Schulen besuchen dürfen“, sagte Jens Spahn, gesundheitspolitischer Sprecher der Unionsfraktion. Der Präsident der Bundesärztekammer, Dr. Frank Ulrich Montgomery hält eine Impfpflicht aus medizinisch-wissenschaftlicher Sicht für das Sinnvollste. Allerdings bezweifelt er, dass diese gesellschaftspolitisch durchzusetzen ist. Der Vorsitzende der Ständigen Impfkommision (STIKO), Jan Leidel, wertete eine Impfpflicht bei Masern als kontraproduktiv. Wichtiger seien Aufklärung und Nutzung der vorhandenen Möglichkeiten, sagte er. In der Bundesrepublik werden nur 37 Prozent aller Kleinkinder entsprechend den Empfehlungen der STIKO gegen Masern geimpft, ergab eine Studie des Zentralinstituts für die kassenärztliche Versorgung in Deutschland (ZI). Das Web-TV der Kassenärztlichen Vereinigungen (KVen), hat eine Mutter und ihr Kind zur Impfberatung begleitet. Ob sie sich für oder gegen die Masernimpfung entschieden hat, zeigt das [Video auf KV-on](#). ([Pressemitteilung des ZI, 17. Juli](#); [Deutsches Ärzteblatt online, 15. Juli](#))

### Kabinett beschließt globale Gesundheitspolitik

Das Bundeskabinett hat ein Konzept zur globalen Gesundheitspolitik beschlossen, um einen aktiven Beitrag Deutschlands zur Lösung globaler Gesundheits Herausforderungen voranzutreiben. „Deutschland bekräftigt mit dem Konzept seine internationale Verantwortung“, machte Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) deutlich. Die Gesundheitspolitik stehe heute mit zahlreichen anderen Politikfeldern in Verbindung, daher seien sektorübergreifende Lösungsansätze gefragt, hieß es aus dem Ministerium. Das Konzept fokussiert unter anderem den Ausbau intersektoraler Kooperationen sowie Gesundheitsforschung und -wirtschaft, die nachhaltig zu einer verbesserten Gesundheit weltweit beitragen können. ([Pressemitteilung des BMG, 10. Juli](#))

### Institut der Deutschen Wirtschaft kritisiert gesundheitspolitische Wahlversprechen

Das Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) hat die ökonomischen Auswirkungen der Wahlversprechen der politischen Parteien analysiert. Im Bereich Gesundheit wirft das Institut der SPD und der Partei Die Linke vor, keine geeigneten Maßnahmen gegen die mangelnde Kostenverantwortung der Versicherten und den fehlenden (Preis-)Wettbewerb auf den Versicherungs-

und Leistungsmärkten parat zu haben. Die Union mache zur Finanzierung des Gesundheitssystems nur „äußerst vage Andeutungen“ und bei der FDP deuteten „die programmatischen Aussagen zur Gesundheitspolitik eher auf einen Erhalt des Status quo hin“, kritisierte das Institut. Bündnis 90/Die Grünen bekenne sich zwar allgemein zu Prävention und mehr Transparenz im Gesundheitswesen, lasse aber konkrete Maßnahmen vermissen. ([Pressemitteilung des IW](#) und [Deutsches Ärzteblatt online, 10. Juli](#))

## Aus KBV und KVen

---

### **KV Bremen erklärt lange Wartezeiten mit Großstadteffekt**

In Bremen sind die Wartezeiten für Patienten länger als im Bundesdurchschnitt. Nach Aussage des Vorstandsvorsitzenden der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) Bremen, Dr. Jörg Hermann, liegt das am Großstadteffekt. In Bremen und Bremerhaven gebe es eine hohe Facharztdichte. Da auch Patienten aus dem Umland mitversorgt würden, gebe es dementsprechend längere Wartezeiten. Ein weiterer Effekt seien die strengen gesetzlichen Regularien. „Demnach dürfen Ärzte teilweise gar keine Behandlungen mehr durchführen, sobald die zugewiesenen Fälle im Quartal überschritten sind“, sagte Hermann. Trotz längerer Wartezeiten seien die Bremer und Bremerhavener aber sehr zufrieden mit der medizinischen Versorgung. Sieben Prozent klagten über einen Haus-, 18 Prozent über einen Facharztmangel. „Das ist jeweils der mit Abstand niedrigste Wert im Bundesländervergleich“, erklärte Hermann. Die KBV führte vom 15. April bis zum 16. Mai 2013 eine Befragung unter 6.093 Versicherten durch. ([Pressemitteilung der KV Bremen, 10. Juli](#); [Pressemitteilung der KBV, 9. Juli](#))

### **KV Niedersachsen äußert sich zur Kritik des GBA-Vorsitzenden Josef Hecken**

Nachdem Josef Hecken, Vorsitzender des Gemeinsamen Bundesausschusses (GBA), auf Spiegel Online die Krankenkassen und Kassenärztlichen Vereinigungen (KVen) bei der Umsetzung der Bedarfsplanung kritisiert hat, reagierte der stellvertretende Vorsitzende der KV Niedersachsen, Jörg Berling, mit einem offenen Brief. Berling spricht darin von einem grundsätzlichen „Missverständnis zwischen planerischen Maßnahmen einerseits und der Versorgungsrealität andererseits“. Trotz aller Umsetzungsmaßnahmen könne man sich auch mit der Bedarfsplanung keine Ärzte schaffen, wo keine sind. „Die Bereitschaft als Hausarzt gerade in ländlichen Regionen tätig zu werden, ist in der nachrückenden Ärztegeneration weit weniger ausgeprägt als dies in der Vergangenheit der Fall war“, erläuterte Berling. Deshalb ergreife die KV Niedersachsen weitere Maßnahmen zur Sicherung der ambulanten vertragsärztlichen Versorgung. ([Offener Brief der KV Niedersachsen, 9. Juli](#); [Spiegel online, 4. Juli](#))

### **KV Bayerns kritisiert Aussage der Krankenkassenverbände zur Regressgefahr**

Der Vorstand der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) Bayerns hat kritisch auf die Äußerungen der Arbeitsgemeinschaft der Krankenkassenverbände in Bayern zum Thema Wirtschaftlichkeitsprüfung reagiert. Die Krankenkassenverbände hatten erklärt, dass für bayerische Ärzte mit knapp einem Prozent nur eine minimale Regressgefahr bestehe. Nach Angaben der KV Bayerns sei diese Aussage „unrealistisch und zynisch“. Schon die Nachricht über einen Antrag auf ein Prüfverfahren verursache bei betroffenen Ärzten häufig Stress und Sorgen. Die ständige Gefahr vor Regressen habe dem Vorstand der KV Bayerns nach einen weiteren Effekt: Junge Ärzte würden davor abgeschreckt werden sich niederzulassen. „All das würden die Krankenkassen billigend in Kauf nehmen“, sagte der Vorstand der KV Bayerns. Leidtragende seien letztlich die Patienten, die künftig Schwierigkeiten bekämen einen Arzt zu finden, der ihnen noch ohne Angst vor aufwendigen Prüfverfahren und teuren Regressen die benötigten Medikamente verschreibt. ([Pressemitteilung der KV Bayerns, 11. Juli](#); [Pressemitteilung der Krankenkassenverbände in Bayern, 11. Juli](#))

## Aus den Verbänden

---

### Vdek veröffentlicht gesundheitspolitische Positionen

Der Verband der Ersatzkassen e.V. (vdek) hat seine gesundheitspolitischen Positionen veröffentlicht. Für die Zeit nach der Bundestagswahl am 22. September hat der vdek in einem 18-seitigen-Positionspapier Stellung bezogen zu Themen wie Selbstverwaltung, Finanzierungsautonomie und Qualitätsverbesserung der Versorgung. „Gesundheitsberufe müssen in ihrer Aus- und Weiterbildung adäquat auf die Anforderungen einer älter werdenden Gesellschaft vorbereitet werden“, forderte der vdek. Außerdem sollen Krankenkassen ihre Finanzierung wieder selbst übernehmen. Die staatlich regulierten Beiträge, Zusatzbeiträge und Prämien hätten sich laut vdek nicht bewährt. Arbeitgeber und Arbeitnehmer sollen zudem zu gleichen Teilen an der Finanzierung der Beiträge beteiligt sein. ([Positionspapier der vdek, 10. Juli](#))

### DSO: Organspendezahlen sinken – LÄK Baden-Württemberg will Vertrauen wiedergewinnen

Der Transplantationsskandal im Jahr 2012 hat sich bei vielen Deutschen auf die Bereitschaft zur Organspende ausgewirkt. Spendeten im Jahr 2011 noch 1.200 Menschen nach dem Tod ihre Organe, waren es im vergangenen Jahr nur noch 1.046 Spender. Die Deutsche Stiftung Organspende (DSO) gab an, dass es im ersten Halbjahr 2013 einen weiteren Rückgang um 18,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahreshalbjahr gab. Die Landesärztekammer Baden-Württemberg (LÄK) sieht das Vertrauen der Deutschen durch die Manipulationen von Patientendaten an Transplantationskliniken in Göttingen, Regensburg, Leipzig und München erschüttert. Die LÄK Baden-Württemberg rückt deshalb das Thema Organspende auf ihrem diesjährigen Ärztetag am 20. Juli in den Mittelpunkt. Experten aus dem Bereich Organspende möchten dazu beitragen, das Vertrauen der Deutschen in die Organvergabe wiederherzustellen. ([Deutsches Ärzteblatt, 15. Juli](#); [LÄK Baden-Württemberg, 16. Juli](#))

### KOMPAKT-Zahl der Woche: 70.000

70.000 Bewerbungen für Studienplätze in Medizinfächern sind bundesweit für das Wintersemester 2013/2014 eingegangen. Das seien 2.000 mehr als vor einem Jahr, teilte die Stiftung für Hochschulzulassung mit.

## Aus dem Terminkalender

---

- |                            |  |
|----------------------------|--|
| 21.08.2013                 | Vertreterversammlung der KV Saarland<br>Saarbrücken, 16 Uhr  |
| 22.08.2013                 | Vertreterversammlung der KV Berlin<br>Berlin, 20 Uhr   |
| 24.08.2013 –<br>25.08.2013 | Vertreterversammlung der KV Hessen<br>Frankfurt, 10 Uhr  |
| 28.08.2013                 | Vertreterversammlung der KV Rheinland-Pfalz<br>Mainz, 15.30 Uhr  |
| 09.09.2013                 | <a href="#">Tagung „Barrieren Abbauen“ - Initiativen und Maßnahmen der Ärzte- und Zahnärzteschaft</a> , Berlin, 10 Uhr |

Redaktion:

Dezernat Kommunikation der KBV

Tel: 030 4005-2202

Fax: 030 4005-2290

E-Mail: [online-redaktion@kbv.de](mailto:online-redaktion@kbv.de)

Redaktionsschluss von KBV kompakt ist mittwochs um 13 Uhr.

Hier können Sie unseren Newsletter abonnieren, Ihre E-Mail-Adresse ändern oder unseren Newsletter abbestellen: <http://www.kbv.de/publikationen/newsletteranmeldung.php>